



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/262 - 13. November 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 24831-83

Fernschreiber 0836890

Hinweise

auf den Inhalt:

Steigende Propagandakosten der Bundesregierung	S. 1
3. Sonderbericht über die Asiatische Sozialistenkonferenz - von Heinrich Braune	S. 3
Zwei Wochen in Washington und New York - von Fr. Heine	S. 5
Die Ratschläge des Prinzen zu Löwenstein	S. 8

Etat 1957: Auf den Wahlkampf zugeschnitten

FB. In den Bemerkungen des Bundesfinanzministers zum Entwurf des Bundeshaushalts 1957, die der Presse übergeben worden sind, befindet sich ein wirklich wahrer Satz. Der Bundesfinanzminister schreibt: "Die Bundesregierung darf annehmen, dass dieser Haushalt seiner besonderen Aufgabe im Wahljahr 1957 gerecht werden wird."

Diese Feststellung ist absolut zutreffend, wenn man die Etats des Bundespresse- und Informationsamtes und der sogenannten Verfügungsfonds betrachtet, denn sie sind ausschliesslich auf die Wahlbedürfnisse zugeschnitten und sollen in noch stärkerem Umfange als bisher auf Kosten der Steuerzahler Wahlpropaganda - man kann noch nicht einmal sagen für die Bundesregierung, sondern nur für eine Partei, die CDU - treiben.

Man muss sich noch einmal die Zahlen der Vergangenheit vor Augen halten, um zu erassen, welcher Misbrauch hier mit Steuergeldern getrieben wird. Die Propaganda-Küche des Bundeskanzlers begann 1949 mit rund 897 000,- DM. Der erste grössere Sprung ist im Jahr 1951 festzustellen, denn damals war man schon bei rund 5,8 Mio DM angelangt. Im Jahre 1953 fand eine Verdoppelung des Betrages statt, denn das Presse- und Informationsamt forderte damals 11,5 Mio DM an, benötigte 1954 schon 16,1 Mio DM, 1955 rund 19,3 Mio DM und erreichte 1956 den Rekordbetrag von rund 20,1 Mio DM.

Damit nicht genug. Im Haushalt 1957 wird dieser Betrag wieder um rund 1,1 Mio DM höher liegen und insgesamt die astronomische Summe von

21,2 Mio DM erreichen. Das Goebbelsche Propagandaministerium war gewiss nicht bescheiden, aber es würde vor Weid erblassen, wenn es wüsste, was v. Eckart zur Verfügung steht.

Der interessanteste Titel dabei dürfte der für Bezug von Material sein. Im Vorjahr wurden dafür 350 000,-- DM ausgeworfen, während 1957 der mehr als sechsfache Betrag, nämlich 2,35 Mio DM angefordert werden.

Man braucht keine allzu grosse Phantasie zu haben, um zu erraten, was damit finanziert werden soll. Neben dem völlig legalen Bezug von Nachrichten-Agenturen wird sich mit diesem Geld eine Unzahl von Korrespondenten aufmachen, die nicht die Aufgabe haben, die Bundesregierung zu informieren, sondern die ausschliesslich finanziert werden, um mit ihren Traktätchen Parteipolitik für die CDU zu betreiben.

Ähnlich skandalös ist die Entwicklung des Fonds des Bundeskanzlers "zur Förderung des Informationswesens". Während der Bundeskanzler noch 1951 mit 3,8 Mio DM auskam, verbrauchte er 1953 rund 4,5 Mio DM, 1954 rund 10 Mio DM, 1955 rund 11,25 Mio DM und im Haushaltsjahr 1956 12,5 Mio DM. Zwar ist nominell im Haushaltsjahr 1957 nur ein Betrag von 11,5 Mio DM vorgesehen, aber da insgesamt sich die Ausgaben des Presse- und Informationsamtes erhöhen, kommt dieser Kürzung keinerlei Bedeutung zu.

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird diese Ansätze wie bisher weiter mit aller Leidenschaft bekämpfen, denn dieser Reptilienfonds dient in seinem grössten Teil nicht der Förderung des Informationswesens, sondern weit eher der Käuflichkeit und der Behinderung der freien Information.

Es wird in den nächsten Tagen und Wochen noch viel zu diesem Haushalt zu sagen sein, beispielsweise zur Verkürzung der Berlin-Hilfe, der Renten- und dem Verkehrshaushalt, der wiederum völlig unzureichenden Dotierung der Luftschutztitel, der Personalvermehrung um 2 668 Köpfe (ohne Verteidigung) u. a. m. Aber schon der erste Eindruck zeigt, dass dieser Haushalt tatsächlich auf das Wahljahr abgestellt ist.

Asienkonferenz im Schatten der Weltereignisse

Von Heinrich Braune

Soll man nun die Tatsache bedauern, dass diese Konferenz, zu der die meisten ihrer Teilnehmer Tausende von Kilometern reisen mussten, durch die dramatischen, menschlich und politisch aufrührenden Ereignisse in Ägypten und Ungarn aus ihrem wohlvorbereitetem Konzept gebracht wurde? Oder soll man die völlig unerwartete Tatsache, dass sich hier am For Asiens die Vertreter von fast einem Viertelhundert junger und teilweise sogar blutjunger sozialistischer Parteien statt vor ideologischen Problemen plötzlich vor die harte Realität einer Situation gestellt sahen, in der um Krieg und Frieden gewürfelt wird, trotz aller Tragik der Umstände als Pluspunkt buchen?

Niemand, der hier im glutheissen Bombay dabei war, wird diese Tage vergessen. Was stand für viele auf dem Spiel? Konnte die israelische Delegation im Ernstfall der drohenden Ausweitung der kriegerischen Verwicklungen überhaupt noch in die Heimat zurückkommen? Und was sollten beispielsweise die Algerier anfangen? Würden sich die Pakistaner in ihrer stark pro-arabischen Haltung ins bitterböse militärische Spiel zerren lassen? Nun, von alledem sprach niemand, aber jeder machte sich so seine Gedanken.

Um so beindruckender war die Intensität, mit der um den sozialistischen Beitrag zur Lösung der stündlich gefährlicher werdenden Situation gerungen wurde. Dabei blieb die äussere Atmosphäre von einer kühlen, fast unbeteiligten Gelassenheit. Man muss die leise, aber sehr bestimmte Verhandlungstechnik des jungen Präsidenten der Konferenz, des burmesischen Ministerpräsidenten U Ba Swe beobachtet haben, um den - sagen wir ruhig - asiatischen Stil des Kongresses zu begreifen.

Alle Plenarsitzungen spielten sich vor einem breiten dunkelroten Vorhang ab, auf dem die Symbole der asiatischen und afrikanischen Nationen gezeichnet waren: Buddhistische Pagoden, indische, siamesische und balinesische Tempeltänzerinnen, afrikanische Kultfiguren und japanische Altarschreine. Alles Hinweise auf die Devotion der asiatischen Völker gegenüber ihrer Tradition, die ihre Sozialisten nicht nur nicht ablehnen, sondern ebenso als geistige Quelle ihres Sozialismus verehren, wie die Ideen der klassischen europäischen Sozialisten.

Aber das hektische Tempo der politischen Ereignisse, Massendemon-

strationen in Bombay, Angriffe auf englische und französische Konsulate und Bankhäuser, Polizeieinsätze, Verhaftungen, die ganze siedende Atmosphäre einer Welt, die den Ausbruch eines sinnlosen Krieges fürchtet, waren kein Klima für philosophische Diskussionen (obwohl alle Seminare und Organisationssitzungen getraulich abgewickelt wurden) sondern verlangten leidenschaftlich nach Stellungnahme und Klärung.

Und so war die hoffentlich einmalige Gelegenheit, zu beweisen, wie diese jüngste internationale sozialistische Organisation sich in so ernster Stunde bewährt. Und um es gleich vorweg zu nehmen: Sie hat sich erstaunlich gut bewährt! Die Verschiedenheit der Standpunkte konnte in aktuellen Resolutionen überbrückt werden, die eine grossartige Einheit des politischen Willens und eine überzeugende Manifestation der politischen Reife waren.

Bei den vorbereitenden politischen Beratungen der Kommissionen hinter verschlossener Türen der Konferenz spielten Erich Ollenhauers auf neun Seiten ausführlich formulierten "Internationalen Aspekte sozialistischer Politik" eine tragende Rolle. Sie gipfeln in fünf Grundsatzforderungen, die unter Berücksichtigung aller nationalen Verschiedenheiten gemeinsamer Wanner sozialistischer Politik sein sollten:

- 1) Alle Schritte sind zu unterstützen, die dazu führen, die Aufteilung der Welt in feindliche Blöcke zu überwinden.
- 2) Alle Nationen sollten Konflikte untereinander vor das Forum der Vereinten Nationen bringen und sich ihrem Schiedsspruch unterwerfen.
- 3) Die international kontrollierte Abrüstung von konventionellen und Atomwaffen ist ein Gebot der Stunde. In der Zwischenzeit sollen weitere Versuche mit Atom- und Wasserstoffbomben eingestellt werden.
- 4) Den sozial schwächeren Ländern muss uneigennützig Wirtschaftshilfe gegeben werden, die an keine politischen Bedingungen geknüpft ist. Diese Hilfe sollte durch die Sonderorganisation der Vereinten Nationen gegeben werden.
- 5) Die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den anderen von den Kommunisten beherrschten Ländern auf der einen Seite und den nicht-kommunistischen Staaten auf der anderen Seite ist erstrebenswert und notwendig. Die Zusammenarbeit oder die Aktionseinheit zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien ist abzulehnen.

Fragestunde von 17 Tagen

Von Fritz Heine

Drei grosse Ereignisse fielen in die Zeit eines kurzen, etwas länger als zwei Wochen dauernden Aufenthaltes in New York und Washington, von dem ich dieser Tage zurückgekehrt bin: Die Vorgänge in Polen und Ungarn, die Präsidenten- und Kongresswahlen in USA und die Krise im Nahen Osten. Natürlich haben diese Ereignisse das öffentliche Interesse in den Vereinigten Staaten sehr weitgehend beherrscht. Um so erstaunlicher war es für mich, zu sehen, wie stark trotz allem die politischen Kreise in den Zentren New Yorks und Washingtons auch an der deutschen Frage interessiert waren und sind.

In diesen gut zwei Wochen hatte ich Gelegenheit zu sehr vielen politischen Gesprächen mit einflussreichen Männern, mit Abgeordneten und hohen Regierungsbeamten, mit führenden Publizisten aller Schattierungen, und immer hatte ich den sehr bestimmten Eindruck, dass ihr Interesse an der deutschen Frage echt ist und nicht konventionell. Dieses Interesse bezieht sich vor allem auf die aussenpolitische Konzeption, auf die Wiederaufrüstung in der Bundesrepublik, das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition und die Möglichkeiten einer Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands. Besonders die aussenpolitisch beweglich denkenden Kreise in den Vereinigten Staaten, die es in beiden Parteien gibt, haben den Zusammenhang zwischen einer Wiederherstellung der deutschen Einheit und einer Dauer versprechenden Lösung wichtiger anderer weltpolitischer Probleme wohl begriffen. Weniger in dem Sinne, dass diese deutsche Frage Kernstück und unerlässliche Voraussetzung, wohl aber wichtiger Bestandteil einer solchen Entwicklung sein muss.

Zwei Wochen bleiben auch dann eine kurze Zeit für eine politische Erkundungsfahrt, wenn man sich bemüht, sie bis zum Äussersten auszunutzen, mit Begegnungen, Gesprächen und Veranstaltungen verschiedenster Art, vom frühen Morgen bis in die Nachtstunden. Immerhin lässt sich dabei ein gewisser Überblick gewinnen und ein Querschnitt durch die wesentlichen Meinungen ziehen, auf die man immer wieder stösst, gerade wenn man es schon bei der Vorbereitung der Reise darauf angelegt hatte, mit Männern aus allen Lagern zu sprechen. Und es hat sich gezeigt, dass im Gefolge solcher Verabredungen noch eine Fülle von improvisierten Unterhaltungen stattfinden konnten, die oft ihren besonderen Reiz hatten.

Zunächst ist festzustellen, dass politische Praktiker wie Wissenschaftler, Beamte und Militäre, Journalisten und viele andere in die breite Öffentlichkeit wirkende Amerikaner ein bemerkenswert intensives Bemühen um Informationen über die wichtigsten Tatbestände in der Bundesrepublik an den Tag legten. Ganz sicher ist, dass es in dieser Beziehung noch manche Wissenslücke gibt, trotz der ansehnlichen Zunahme von Kontakten in den Beziehungen zwischen den beiden Ländern während der letzten Jahre. Andererseits begegnet man auch ganz überraschenden Detailkenntnissen über deutsche Verhältnisse und Zusammenhänge. Dies aber trifft im wesentlichen für solche Politiker zu, die

die von ihrem Aufgabengebiet her sich besonders gründlich über Deutschland und seine Probleme unterrichten müssen!

"Forum" nach der Stoppuhr

Der ganze Aufenthalt war im Grunde eine einzige Fragestunde auf dem psychologischen Hintergrund einer grossen und aufrichtigen Bereitschaft auf der amerikanischen Seite, auch ungewohnte Argumente anzuhören und sich ernsthaft mit ihnen auseinanderzusetzen. Eine dafür sehr bezeichnende Veranstaltung war die eines bestimmten, sehr angesehenen Forums in Washington. Ein Kreis von vierzig bis fünfzig, je nach dem Anlass wechselnden, in jedem Fall aber sehr bekannten Experten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und anderen Bereichen des öffentlichen Lebens tritt mehrmals im Monat zusammen, um das Referat eines inländischen, meist aber ausländischen Gastes entgegenzunehmen, der aus irgendeinem Grunde besonderes Interesse beanspruchen kann und es zu diskutieren. Das Verfahren dabei ist peinlich genau und bis auf die Minute geregelt: Einführung, Kurzvortrag, Fragen, Schlusswort. Alles ist streng "off the record", also nicht öffentlich, so dass eine wirklich freimütige, ja rückhaltlose Unterhaltung gewährleistet ist. Jede Frage hat äusserst knapp und prägnant zu sein - "die Antwort (des Gastes) sollte es auch sein", wird höflich vermerkt. Das ganze spielt sich sozusagen nach der Stoppuhr ab, ohne dass das Gefühl entsteht, man werde gedrängt oder gar gehetzt.

Die allgemeine Bedeutung der Frage: Wie kann die deutsche Wiedervereinigung kommen? wird durchaus anerkannt; der SPD-Plan eines kollektiven Sicherheitssystems begegnet ernster Aufmerksamkeit; die Problematik der Zugehörigkeit der Bundesrepublik oder ganz Deutschlands im Rahmen dieser Frage wird durchaus gesehen, und es ist auch daran kein Zweifel möglich, dass die Geneigtheit, für solche Überlegungen nicht nur theoretisches Verständnis aufzubringen, gewachsen ist. Manch kritisches Wort fiel bei nicht wenigen Gesprächen auch über die eigene, die amerikanische Aussenpolitik. Diese Tendenz zu einer aufgelockerten Betrachtungsweise der grossen politischen Zusammenhänge hat ja der Blick in die führenden amerikanischen Zeitungen schon seit längerem gezeigt und viele Gespräche bestätigten diese Beobachtung.

Daneben gilt ein reges Interesse, das oft Züge der Beunruhigung zeigt, einer Reihe von Spezialfragen, wie der Aufnahme von Offizieren und Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS in die Bundeswehr, der Frage Berufswehr oder Wehrpflicht, gewissen Erscheinungsformen, die man drüben etwas summarisch und ungenau als Neofaschismus bezeichnet, der künftigen Entwicklung des Kommunismus in Deutschland. Viele Fragen waren ausserdem auf wirtschaftliche Vorgänge und Tendenzen gerichtet, etwa auf die Bewährung oder Nichtbewährung der Mitbestimmung, den Stand der zweiten industriellen Revolution und den Schlussfolgerungen, die man aus ihr in Deutschland und speziell bei der deutschen Sozialdemokratie zieht. Dabei war bemerkenswert, wie oft man sich auf den Münchener Parteitag und die dort gehaltenen grossen Referate zu diesem Thema bezog.

Vertreter beider grossen Parteien legten, wenn sie in der Dis-

kussion ihre Meinung vorzutragen, in auffallender Übereinstimmung Nachdruck darauf, dass eine vernünftige, moderne Wirtschaftspolitik vor allem auf eine allgemeine Kaufkraftsteigerung, auf Massenproduktion und Massenkonsum bei niedriger Gewinnquote am einzelnen Produkt und höchster Produktionstechnik abzielen müsse, und manche methodischen Gesichtspunkte des Bundeswirtschaftsministers wurden mit mildem Lächeln als doch erheblich überholt bezeichnet.

Wachsendes Interesse für die SPD

Unverkennbar ist, dass der Glanz des Namens Adenauer in den Vereinigten Staaten sehr verblasst ist. Adenauer gilt heute weiter amerikanischen Kreisen in erster Linie als die Verkörperung eines Abschnittes der jüngsten Vergangenheit. Mit dieser Verkörperung, so wird gesagt, konnten die Amerikaner in den ersten Nachkriegsjahren durchaus zufrieden sein. Aber dem dynamischen und der Zukunft zugewandten Denken des Amerikaners liegt auf die Dauer eine Politik nicht, die sichtbar stehengeblieben ist und offenbar weiterhin stehen zu bleiben gedenkt. Die Ergebnisse der politischen Meinungsforschung in der Bundesrepublik, unterstützt durch die Erfahrungen aus den Kommunalwahlen in drei wichtigen westdeutschen Ländern, haben die rücktornen Amerikaner erkennen lassen, dass in Westdeutschland eine neue Zeit angebrochen ist mit neuen Vorstellungen von dem, was notwendig ist, und sie sind bereit, wenn auch meist durchaus nicht mit Begeisterung, dies in ihre Rechnung einzusetzen.

So entspricht dem Nachlassen des Interesses für die "Ära Adenauer" eben weil man spürt, dass sie zu Ende geht, die zunehmende Aufmerksamkeit für die Aktivitäten der deutschen Opposition und speziell ihres Führers Erich Ollenhauers. Das gilt zur Zeit vor allem für dessen Asienreise. Die Frage, wie die Dinge in Deutschland wohl laufen werden, wenn die gegenwärtige Regierung abgelöst und durch eine Regierung ersetzt werden sollte, an der die Sozialdemokratie führend beteiligt ist, war eine der am häufigsten gestellten. So kann man erwarten, dass Erich Ollenhauer, wenn er im Frühjahr die USA besuchen wird, dort mit der Unvoreingenommenheit und der fast unbegrenzten Bereitschaft zu loyalen Gesprächen aufgenommen werden wird, die man drüben so wohnend empfindet.

+ + +

Aufforderung zum Selbstmord

7. Nach dem Korrespondentenbericht einer angesehenen westdeutschen Zeitung hat der frei demokratische Bundestagsabgeordnete Prinz zu Löwenstein, der sich zehn Tage in Ungarn aufhielt, in Wien unter anderem erklärt, die Wiedervereinigung Deutschlands könne nur auf dem Revolutionsweg, durch einen Volksaufstand kommen. Nach dem Bericht fügte er hinzu: "Wenn wir genügend Kräfte zur Verfügung haben, dann wird es auch in der Zone zu einem 23. Oktober kommen, so wie jetzt in Ungarn." Ausserdem hat der Prinz den schnellsten Aufbau eines "wirklichen Volksheeres" verlangt, um den Russen, die aus der moralischen

schen Niederlage in Ungarn zu einer "Flucht nach vorn" veranlasst werden könnten, wirksam entgegenzutreten zu können.

Dieser Vorschlag ist, vor allem in seinem ersten Teil, ebenso töricht wie verantwortungslos und aufs schärfste abzulehnen. Er ist aber offenbar auch sehr spontan und unüberlegt erteilt worden, denn was soll es heißen, dass, wenn wir (doch wohl in der Bundesrepublik) über genügend Kräfte verfügten, es in der Zone zum erfolgreichen Aufstand kommen könnte? Das kann ja wohl nur bedeuten, dass dieser Effekt durch einen militärischen Einbruch in die Zone erreicht werden soll - eine geradezu absurde Vorstellung. Prinz zu Löwenstein hat an den 23. Oktober erinnert, den 4. November hat er offenbar schon vergessen. Die ungarische Revolution hat einstweilen, nachdem Zehntausende starben und das ganze Land in ein unvorstellbares Chaos geraten ist, mit einer Niederschlagung, nicht mit einem Sieg geendet, auch wenn es stimmt, dass, moralisch gesehen, die Sowjets die Verlierer und die Ungarn die Sieger sind.

Eine von der Bundesrepublik her gewaltsam angestrebte Wiedervereinigung würde Krieg im Weltmaßstab bedeuten, ein Aufstand in der Zone im Angesicht von 20 russischen Divisionen blutigste Unterdrückung, zehntausendfachen Tod und äußerste Not für Millionen. Vernünftig und auf lange Sicht erfolversprechend ist nur der Weg einer, der besonderen Situation in der Zone angepassten Entwicklung, so wie auch Polen, bisher durchaus erfolgreich, einen eigenen Weg der etappenweisen Befreiung geht. Der Weg der Zone kann kein anderer sein als der eines stets wachen politischen Widerstandes, vor allem im Einzelbereich etwa des Betriebes oder der Kochschule und im privaten Bezirk von Mensch zu Mensch mit dem Ziel, zunächst einmal die schlimmsten stalinistischen Auswüchse eines Regimes der wirtschaftlichen Ausbeutung und der geistigen Unterdrückung zu beseitigen.

Die FDP hat sich von Prinzen zu Löwenstein in aller Form distanziert. Das war unerlässlich, denn dessen Ratschlag ist eine Aufforderung zum Selbstmord. Und es war auch logisch, denn auch die FDP hat sich ja zum Beispiel sehr entschieden gegen den Sender Freies Europa mit seinen scharfmacherischen Sendungen gewendet und sie hat in der Wiedervereinigungsfrage seit langem den Weg entschiedenen Verhandels, auch mit Moskau, empfohlen und jede Gewalttätigkeit abgelehnt.

Der Prinz zu Löwenstein ist als politischer Romantiker mit der Neigung zu Gefühlsausbrüchen und erstaunlichen Demonstrationen bekannt. Das Erlebnis der zehn Tage in Ungarn mag ihn im besonderen Maße aufgewühlt haben - zur Klärung seiner bisweilen sehr verworrenen und exzentrischen politischen Denkweise hat es offenbar nicht beigetragen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau